



Förderung der Windenergie stösst auf Zustimmung

CVP unterstützt Ausbau der Windenergie

Die CVP Kanton St.Gallen nimmt erfreut zur Kenntnis, dass im kantonalen Richtplan die ersten zwei Standorte für Windenergieanlagen verankert werden. Die ersten Schritte zum Ausbau der Produktion von Windenergie im Kanton sind damit gemacht. Die Windenergie ist ein wichtiger Pfeiler in der vom Volk gutgeheissenen Energiestrategie 2050.

Im kantonalen Richtplan sind vorerst zwei Standorte für die Produktion von Windenergie aufgenommen worden: In der Rheinau bei Sargans und im Aelpli bei Krinau sind die Voraussetzungen für den Bau von Windenergieanlagen gegeben. Am Standort Rheinau sind vorerst drei bis vier Anlagen und in Krinau sind drei Windräder geplant. Bei einer Realisation der Windkraftanlagen an den beiden Standorten ist mit einer Leistung von rund 50 Gigawattstunden pro Jahr zu rechnen. Damit könnten mehr als 10'000 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgt werden.

Die CVP hat mit einem politischen Vorstoss bereits vor zwei Jahren mehr Engagement des Kantons bei der Windenergie gefordert. Es ist erfreulich, dass die Regierung nun mit Nachdruck und konkreten Massnahmen die Produktion von erneuerbaren Energien steigern will. Die Interessensabwägung für die beiden Standorte Rheinau und Aelpli hat im Rahmen des Richtplanverfahrens stattgefunden. Die Ergebnisse dazu sind sehr vielversprechend.

Basis steht hinter der Windenergie

Die kantonale CVP hat bei ihrer Parteibasis eine Umfrage zur Windenergie durchgeführt. Die rund tausend Rückmeldungen zeigen ein klares Bild: Eine deutliche Mehrheit von 82 Prozent der Umfrageteilnehmenden unterstützt die Richtplan-Einträge mit den beiden Windpark-Projekten in der Rheinau bei Sargans und im Aelpli, Krinau. Die grosse Mehrheit will zudem, dass sich der Kanton bei der Produktion von Windenergie stärker engagiert und damit einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 leistet. Lediglich 17 Prozent der Teilnehmenden stehen der Windenergie kritisch gegenüber und sehen darin zu grosse Nachteile für die Umwelt und die Bevölkerung.